Ein gutes Klima für den politischen Unterricht

Die Jugend ist politisch durchaus interessiert, wie der Klimastreik zeigt – doch die Staatskunde wird von vielen Schulen vernachlässigt

JÖRG KRUMMENACHER

«Der Klimastreik ist eine Steilvorlage», sagt Marc König, der Präsident der Schweizer Gymnasialrektoren-Konferenz. Für ihn ist das Thema ein Paradebeispiel, wie Politik in den Schulen möglichst attraktiv vermittelt werden kann. Die Lehrkräfte könnten die Chance nutzen, die sich ihnen derzeit bietet, und Fragen zur Entwicklung des Klimas und der politischen Prozesse, die sich daraus ergeben, in den Unterricht einbringen. Im schulischen Alltag zeigt sich allerdings: Politische Bildung spielt nur eine marginale Rolle. Sie ist auf diverse Fächer aufgesplittet. Ein nationaler Anker, um Jugendliche zu mündigen Staatsbürgern zu machen, fehlt. Allzu viel hängt ab vom Engagement der einzelnen Lehrkräfte, was auch die Gefahr einseitiger Beeinflussung einschliesst. Gerade deshalb lassen wiederum manche Lehrkräfte lieber die Finger von der politischen Bildung. Zu heikel.

Für Lehrkräfte ist der Klimastreik eine Chance, um im Unterricht über politische Prozesse zu diskutieren. KEYSTONE

Reif für Politik?

Bereits in der Primarschule, so verlangt es etwa der Zürcher Lehrplan 21, müssen Schülerinnen und Schüler politische Prozesse erkennen und eigene Anliegen formulieren können. In der Sekundarschule müssen sie in der Lage sein, die Schweizer Demokratie zu erklären und mit anderen Systemen zu vergleichen. An den Gymnasien rückt zunehmend die «Gesellschaftsreife» in den Fokus, wozu in einer Demokratie auch die Fähigkeit gehört, mit politischer Verantwortung umzugehen. Marc König fasst den Anspruch weit: «Bildung ist nur Bildung, wenn sie weltoffen ist.»

Die Diskussion rund um die Klimastreiks lässt sich als Vehikel nutzen, um der politischen Bildung in den Schulen mehr Gewicht zu verleihen. 2009 schnitten Schweizer Schüler im Rahmen einer internationalen Studie unterdurchschnittlich ab, was ihr politisches Wissen und das Vertrauen in die eigenen politischen Fähigkeiten betraf. Bis heute dürfte sich daran wenig geändert haben. Eine empirische Untersuchung an der Universität Bern kam 2017 zum Schluss, dass «dem politischen Unterricht nicht übermässig viel Beachtung geschenkt» werde. Verschiedene Aspekte politischer Bildung würden vernachlässigt, insbesondere das Bestreben, durch politischen Unterricht das Interesse der Lernenden für Politik zu wecken. Allzu schlimm stehe es um die politische Bildung dann aber doch nicht: Diese werde «nicht so stiefmütterlich behandelt wie oftmals angenommen».

Zweifellos aber sind die Unterschiede in der Vermittlung politischer Inhalte zwischen den Kantonen, Schulgemeinden und Schulstufen gross. Lange Zeit fehlte politische Bildung in den Lehrplänen für die Volksschule. Mit der Einführung des Lehrplans 21 hat sich dies immerhin geändert, auch wenn der Stand der Umsetzung unterschiedlich und politische Bildung an den meisten Schulen kein eigenes Fach ist. Im Lehrplan für die Sekundarschule findet es sich etwa unter dem Titel «Räume, Zeiten, Gesellschaften». Die Jungfreisinnigen Basel-Stadt gehören zu jenen, denen das zu wenig ist: Sie haben die Initiative «Ja zu einem Fach Politik» eingereicht, damit zumindest während eines Jahres in der obligatorischen Schulzeit politisches Basiswissen vermittelt werde. Noch ist offen, ob der Grosse Rat die Initiative mit oder ohne Gegenvorschlag vors Volk bringt.

Auf Lebenswelt Bezug nehmen

«Die Aufnahme in die Lehrpläne zwingt zumindest die pädagogischen Hochschulen, ihrerseits politische Bildung zu unterrichten», sagt Patrik Zamora. Die Auswahl an Kursen sei bisher sehr dürftig gewesen. Zamora arbeitet am Zentrum für Demokratie in Aarau und ist für politische Bildung und Geschichtsdidaktik zuständig. Er weist gleichzeitig auf die Gefahr hin, dass das Fach in den Schulen bloss in Form von Institutionenkunde vermittelt wird – was wenig attraktiv daherkommt und zum verstaubten Image der Staatskunde beiträgt.

Der Unterricht müsse vielmehr Bezug auf die Lebenswelt der Lernenden nehmen, ist Simon Zurbrügg überzeugt, der an der Berufsfachschule Langenthal als Lehrer für allgemeinbildenden Unterricht arbeitet und eine Dissertation zur politischen Bildung verfasst. Als Beispiel nennt er Rollenspiele, die bei den Lernenden jeweils gut ankämen. «Wenn man es schafft, ein Thema auszuwählen, das einen Bezug zu ihrer Lebenswelt hat, sind sie sehr engagiert.» In der Berufsbildung, diesen Eindruck hat Zurbrügg, sei die politische Bildung zumindest in den Lehrplänen vergleichsweise gut verankert.

Auf Bundesebene ist sie es nicht. Das ist der föderalistischen Bildungsstruktur geschuldet, aber auch dem beschränkten politischen Willen zur Aufwertung des Fachs. Dies zumindest stellte ein Expertenbericht fest, den das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) 2015 in Auftrag gab. Diverse politische Vorstösse versandeten im Lauf der letzten Jahre.

Nicht so jener des Ausserrhoder Ständerats Andrea Caroni, der die fehlende Gesamtschau über die politische Bildung in der Schweiz beklagte. Nur eine solche, so Caroni, ermögliche eine kohärente nationale Strategie. Letzten November hat nun der Bundesrat den vom Ständerat verlangten Bericht publiziert und Lücken im Bereich der politischen Bildung eingeräumt: Tatsächlich fehle eine umfassende Gesamtdarstellung der entsprechenden Aktivitäten des Bundes. Der Bundesrat zeigt sich deshalb bereit, künftig eine aktualisierte kurze Dokumentation zum Thema zu erstellen. Nach Angaben des SBFI soll diese erstmals mit Erarbeitung des Bildungsberichts 2022 vorliegen.

Für verbindlichere Lehrpläne

Andrea Caroni zeigt sich darüber erfreut. Die Hauptverantwortung für gute politische Bildung liege aber weiterhin nicht beim Bund. Caronis Forderung an die Kantone lautet, die Lehrpläne verbindlicher zu gestalten. «Ich wünschte mir, einige Schulen und Lehrkräfte würden noch mehr machen.»

Die Qualität der politischen Bildung steht und fällt jedenfalls auch künftig mit der einzelnen Lehrkraft, die mithilfe diverser Plattformen und Institutionen spannenden politischen Unterricht erteilen kann. Zu hoffen ist, dass bessere politische Bildung in den Schulstuben auch zu interessierteren, aktiveren Stimmbürgern führt. Die bereits erwähnte Untersuchung an der Uni Bern stellte auch die Frage nach der politischen Beteiligung junger Erwachsener – und kam zu einem für den bisherigen politischen Unterricht niederschmetternden Schluss: Der stärkere Einbezug politischer Bildung in den Schulen wirke sich – wenn überhaupt – eher partizipationshemmend als -fördernd aus.

Die Proteste erreichen 25 Schweizer Städte

kru. · Die Klimastreik-Bewegung zieht weitere Kreise. Im Rahmen des weltweiten Klimastreiks, der für diesen Freitag in 106 Ländern angesagt ist, sind auch 25 Schweizer Städte beteiligt. Den Anfang macht Schaffhausen morgens um halb zehn, den Abschluss Chur abends um halb sieben Uhr. In Zürich versammeln sich die Teilnehmenden um 13 Uhr auf der Polyterrasse der ETH. Dabei bemüht sich die von Schülern initiierte Klimabewegung, ihre Eigenständigkeit zu betonen: Mitmachen dürfen alle, «mit selbstgemalten Kartonschildern mit Forderungen und Sprüchen», jedoch sollen Parteien, Organisationen und Vereine die Klimastreiks nicht für Propaganda in eigener Sache nutzen.

Im Vergleich zu den Klimakundgebungen vom 2. Februar, als in der Schweiz gut 60 000 Personen auf die Strassen gingen, hat sich die Zahl der teilnehmenden Städte somit beinah verdoppelt. In Basel ist gar ein dreitägiges Klima-Weekend samt Camp und Konzerten angesagt. Basel-Stadt ist auch jener Kanton, dessen Parlament als erster am 20. Februar den symbolischen Klimanotstand ausgerufen hat. In diversen Kantonen wurden seither klimapolitische Vorstösse eingereicht oder bereits gutgeheissen. So hat Anfang dieser Woche auch in Zürich der Kantonsrat zwei Postulate zum Klimanotstand für dringlich erklärt. In Bern hiess der Grosse Rat Anfang März einen Antrag gut, «eine fundierte Erklärung» zur Klimapolitik auszuarbeiten.

Die Strassen-Turbos müssen einen Gang zurückschalten

Nach der fragwürdigen Autobahn-Debatte des Nationalrats kritisiert die Verkehrskommission ihre Kollegen – und sich selber

FABIAN SCHÄFER, BERN

Am Montagabend, zu fortgeschrittener Stunde, haben die Freunde der Autobahn im Nationalrat zugeschlagen. Überraschend hat eine bürgerliche Mehrheit zusätzliche Ausbauprojekte im Zürcher Oberland, im Baselbiet und im Thurgau beschlossen, von denen nicht einmal die genauen Kosten bekannt sind. Man weiss bis jetzt nur, dass der Ausbauschritt 2019 für die Nationalstrassen in dieser Version sicher mehr als 6,1 Milliarden Franken kosten würde. Damit hat der Nationalrat nicht nur den Bundesrat deutlich überboten, sondern auch seine eigene Verkehrskommission, die «nur» Vorhaben für 5,6 Milliarden bewilligen wollte.

Doch nun ist wieder die Kommission am Zug. Am Donnerstag hat sie diskutiert, was sie in dieser verfahrenen Situation noch unternehmen kann. Ergebnis: Sie tritt auf die Bremse, so weit dies noch möglich ist. Ihr Vorschlag wird den Siegern vom Montag nicht gefallen: Der Nationalrat soll nur für die ursprünglich vorgesehenen Autobahnprojekte Geld bereitstellen. Die drei anderen Vorhaben hingegen müssten nun doch länger warten. Der Entscheid fiel mit 18 gegen 3 Stimmen.

Unverblümte Kollegenschelte

In ihrer Medienmitteilung üben die Mitglieder der Verkehrskommission in einer Art und Weise Kritik an ihren Nationalratskollegen, wie man das noch nicht oft gelesen hat. Schon der Titel spricht Bände: «Ja zum nötigen Ausbau der Strasseninfrastruktur, aber in angemessenem finanziellem Rahmen und auf einer seriösen planerischen Grundlage.» Die Debatte am Montag sei «überschwänglich» gewesen. Und schliesslich kommt die Hoffnung zum Ausdruck, der Ständerat möge einen «fundierten Entscheid» fällen.

Da ist auch Selbstkritik im Spiel. Denn die Mehrheit der Kommissionsmitglieder hat am Montag ebenfalls für die zusätzlichen Projekte gestimmt. Die Vertreter von SVP, FDP und BDP taten dies fast geschlossen; etwas zurückhaltender, aber ebenfalls mit von der Partie waren die CVP-Vertreter.

Der Nationalrat selber kann seine Entscheide nicht mehr rückgängig machen. Er hat zu dem Teil der Vorlage, in dem die Ausbauprojekte festgelegt sind, bereits eine Gesamtabstimmung durchgeführt. Noch nicht beschlossen ist hingegen jener Teil, der die verbindlichen Kredite für die Strassenbauten enthält. Darüber hat der Nationalrat am Montag nicht mehr abgestimmt, weil der Mehrheit die Vorstellung, Ausgaben in unbekannter Höhe zu beschliessen, doch nicht ganz geheuer war. Auf Antrag von Balthasar Glättli, Fraktionschef der Grünen, hat der Nationalrat die in solchen Fällen notwendige Abstimmung über die Ausgabenbremse vertagt.

Weil der Nationalrat nur noch den Teil mit den Krediten abändern kann, schlägt die Kommission nun in der Not kurzerhand vor, für die drei zusätzlichen Projekte einfach kein Geld bereitzustellen. Stattdessen erhielte der Bundesrat bloss den Auftrag, später konkrete Kreditvorlagen dazu zu präsentieren. Somit müssten sich die Zürcher, die Baselbieter und die Thurgauer länger gedulden, bis ihre Strassenwünsche erfüllt werden. Dieses Risiko besteht auch dann, wenn der Nationalrat hart bleibt. Denn der Ständerat, der als Nächstes am Zug ist, hat bei der Ausgestaltung der Vorlage wieder freie Hand.

Keine Verzögerung

Mit dem raschen Entscheid der Kommission ist immerhin klar, dass der Nationalrat das Geschäft in dieser Session abschliessen kann. Andernfalls hätte die montägliche «Überschwänglichkeit» sogar zu Verzögerungen geführt.

Wie viel die umstrittenen Strassenprojekte kosten würden, ist immer noch unklar. Konkret geht es um den Muggenbergtunnel im Laufental, die Bodensee-Thurtal-Strasse und die Zürcher-Oberland-Autobahn. Zum letzten Projekt lagen dem Nationalrat keine Angaben zu den Kosten vor, und auch zu den beiden anderen gibt es bis jetzt erst grobe Schätzungen. Diese Zahlen seien jedoch teilweise massiv zu tief, so die Kommission. Kostenschätzungen des Bundes gebe es noch keine, weil die Vorarbeiten zu diesen Projekten nicht weit genug fortgeschritten seien.

An den anderen Teilen der Ausbauvorlage dürfte sich nicht mehr viel ändern. Im Zentrum steht mit 2,1 Milliarden Franken der Bau der zweiten Tunnelröhre am Gotthard, die das Volk 2016 gutgeheissen hat. Sie soll bis 2027 realisiert sein. Rund 1,5 Milliarden fliessen in den «Bypass Luzern» mit zwei neuen Tunneln. Weiter sind Umfahrungsstrassen in Näfels, Le Locle und La-Chaux-de-Fonds geplant sowie Ausbauten der A1 bei Crissier.